

Pressemitteilung

19. Januar 2018

Wie wird der Wohnraum in Berliner Straßen sicherer?

194.000 neue Wohnungen werden bis 2030 gebraucht. Berlin wird seit Jahren wieder dichter und dabei oft auch schöner und urbaner. Große Potentiale im Dachgeschossausbau und der kleinteiligen Nachverdichtung, die mit bis zu 42.000 Wohneinheiten beziffert werden, liegen jedoch brach, da die erforderlichen Genehmigungen nicht erteilt und viele Pläne und Ideen damit nicht realisiert werden. Zu den wesentlichen Ursachen zählen komplexe Anforderungen beim Brandschutz und fehlende Stellflächen für die Feuerwehr. Die Architektenkammer Berlin hat solche Beispiele blockierter Bauvorhaben mit der Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, diskutiert.

„Wir bitten Sie um Benennung von Beispielen blockierter Bauvorhaben, die die Problematik oder Brisanz der aktuellen Situation zeigen und mit der Senatorin diskutiert werden können.“ Mit diesem Aufruf hatte sich die Architektenkammer Berlin an ihre Mitglieder gewandt. Über 30 Rückmeldungen zu großen und kleinen, in jedem Fall aber nicht genehmigten Projekten in gerade mal zwei Wochen und ein überfüllter Saal bei der Veranstaltung am 18. Januar 2018 zeigen den immensen Diskussionsbedarf. Bebauungen von Brachflächen, Lückenschließungen, Aufstockungen sowie der Ausbau von Dachgeschossen sind alltägliche Planungsaufgaben und dabei baurechtlich äußerst komplex. „Gerade für die in Berlin typischen kleineren und äußerst kreativen Planungsbüros sind diese Projekte enorm wichtig“, machte Christine Edmaier, Präsidentin der Architektenkammer Berlin deutlich. „Und sie tragen viel zur Lebendigkeit und Attraktivität der Quartiere bei.“

Senatorin Katrin Lompscher umriss in ihrem Eingangsstatement die Themenfelder: Baurecht, Stellplätze und Bäume. Um diese ging es dann auch fast zwei Stunden lang und klar wurde, dass alle Beteiligten regelmäßiger und frühzeitiger miteinander reden müssen. Kritisch wird es für Bauherren und Planende nämlich dann, wenn lange und aufwändig erarbeitete Planungen letztlich erst im Zuge eines Genehmigungsverfahrens scheitern. Auch Stahlspindeltreppen als preiswerter 2. Rettungsweg dürften dabei nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Fast nebenbei erwähnte Senatorin Lompscher eine erforderliche Bauordnungsnovelle, um auf dieser Ebene für weitere Klärungen und Verbesserungen die Grundlagen zu schaffen. Berlin könnte hier mit neuen Lösungen voran gehen und dafür bat sie um die Unterstützung der Kammern und Verbände.

Daneben müssen aber die Beratungsangebote bei der Feuerwehr zur Findung pragmatischer Lösungen wieder möglich sein, anstatt Bauwillige auf Gesetze und Verordnungen zu verweisen, die für den Einzelfall oft nicht leicht zu interpretieren



sind – hier wird nur der Aufbau von zusätzlichem Personal weiterhelfen. Senatorin Lompscher kündigte an, auch eine verstärkte Bauberatung in den Zielvereinbarungen des Senats mit den Berliner Bezirken zu verankern, um dem wachsenden Bauvolumen gerecht werden zu können.

Klar wurde aber auch, dass nicht nur die Genehmigung neuer Wohnungen von den Schwierigkeiten bei Feuerwehreinsätzen betroffen ist, sondern genauso bestehender Wohnraum. Viele Anwesende haben sich gefragt, wie es um die Sicherheit der Bewohner in zahlreichen Berliner Altbauten bestellt ist. Die drei zuständigen Senatsverwaltungen für Bauen, Verkehr und Inneres sind hier gemeinsam mit den Bezirken aufgefordert, Lösungen aufzuzeigen, durch die Anschaffung neuer Feuerwehrfahrzeuge, den Umbau der Stellplätze und eine bessere Pflege der Bäume. Die sichere Erschließung durch öffentliche Straßen muss wiederhergestellt werden, dann kann dort auch sinnvolle Nachverdichtung stattfinden. Das darf keine Frage des Geldes sein, zumal neue Straßen und neue Quartiere zu bauen in jedem Fall teurer ist.

Architektenkammer Berlin

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Karen Jeratsch

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Alte Jakobstraße 149

10969 Berlin

T 030 . 29 33 07-18

F 030 . 29 33 07-16

presse@ak-berlin.de

www.ak-berlin.de

